Bericht zum LkSG (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz)

Berichtszeitraum von 01.01.2024 bis 31.12.2024

Name der Organisation: Caritasverband für die Region Düren-Jülich e.V.

Anschrift: Bonner Straße 32, 52351 Düren

Inhaltsverzeichnis

A. Verkürzte Berichtspflicht nach §10 Abs. 3 LkSG	1
A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung	1
A2. Ermittelte Risiken und/oder festgestellte Verletzungen	2

A. Verkürzte Berichtspflicht nach §10 Abs. 3 LkSG

A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung

Welche Zuständigkeiten für die Überwachung des Risikomanagements waren im Berichtszeitraum festgelegt?

Dirk Hucko (Vorstand)

Marcus Mael (Vorstand)

Juliana Wrobel (Stabsstelle Qualitätsmanagement und Organisationsentwicklung)

A. Verkürzte Berichtspflicht nach §10 Abs. 3 LkSG

A2. Ermittelte Risiken und/oder festgestellte Verletzungen

Es wurde im Berichtszeitraum kein menschenrechtliches oder umweltbezogenes Risiko festgestellt.

Beschreiben Sie nachvollziehbar, in welchem Zeitraum die regelmäßige Risikoanalyse durchgeführt wurde.

Die Risikoanalyse wird grundsätzlich im vierten Quartal eines jeden Kalenderjahres im Rahmen des Risikomanagementprozesses durchgeführt. Unabhängig davon erfolgt eine anlassbezogene Risikoanalyse bei Vorliegen konkreter Hinweise auf potenzielle Risiken oder bei Eintritt besonderer Ereignisse, welche eine Neubewertung der Risikolage erforderlich machen.

A. Verkürzte Berichtspflicht nach §10 Abs. 3 LkSG

A2. Ermittelte Risiken und/oder festgestellte Verletzungen

Es wurde im Berichtszeitraum kein menschenrechtliches oder umweltbezogenes Risiko festgestellt.

Beschreiben Sie nachvollziehbar die wesentlichen Schritte und Methoden der Risikoanalyse, zum Beispiel a) die genutzten internen und externen Quellen im Rahmen der abstrakten Risikobetrachtung, b) die Methodik der Identifikation, Bewertung und Priorisierung im Rahmen der konkreten Risikobetrachtung, c) ob und inwieweit Informationen zu Risiken und tatsächlichen Pflichtverletzungen, die durch die Bearbeitung von Hinweisen aus dem Beschwerdeverfahren des Unternehmens gewonnen wurden, bei der Risikoanalyse berücksichtigt wurden und d) wie im Rahmen der Risikoanalyse die Interessen der potentiell betroffenen Personen angemessen berücksichtigt werden.

Als Teil des Risikomanagements ist zur Ermittlung menschenrechtlicher und umwelt-bezogener Risiken entlang unserer Lieferkette eine jährliche Risikoanalyse der unmittelbaren Zulieferer durchzuführen. Auf dieser Basis wurden im Berichtsjahr keine Risiken identifiziert, bei denen mit hinreichender Wahrscheinlichkeit ein Verstoß gegen die im Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz aufgeführten oder andere relevanten Verbote zu befürchten wären.

Die wesentlichen Schritte und Methoden der Risikoanalyse im Berichtszeitraum umfassen folgende Methodik der Durchführung:

Zur Identifikation allgemeiner menschenrechtlicher sowie umweltbezogener Risiken innerhalb der Lieferkette wurde im Rahmen einer risikobasierten Priorisierung eine Risikoanalyse der umsatzstärksten 258 Lieferanten unseres Verbandes vorgenommen. Die Auswahl der Lieferanten erfolgte unter Berücksichtigung der Angemessenheitskriterien gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 2 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, da diese Geschäftspartner mehr als 95 % des jährlichen Einkaufsvolumens des Verbandes abdecken. Die vorgenommene Eingrenzung dient der zielgerichteten Fokussierung auf besonders relevante Geschäftsbeziehungen und ermöglicht eine vertiefte Analyse der potenziellen Risiken innerhalb dieses priorisierten Lieferantenkreises. Die Risikoanalyse stellt damit einen integralen Bestandteil der unternehmensweiten Sorgfaltsstrategie dar und bildet die Grundlage für weiterführende Präventions- und Abhilfemaßnahmen gemäß §§ 6 und 7 LkSG.

Angesichts der bestehenden Lieferantenstruktur und der Tatsache, dass 99 % der identifizierten Lieferanten ihren Unternehmenssitz in Deutschland haben, kann unter Berücksichtigung der allgemeinen menschenrechtlichen und umweltbezogenen Rahmenbedingungen davon ausgegangen werden, dass die Interessen potenziell betroffener Personen bereits in ausreichendem Maße in der durchgeführten Risikoanalyse berücksichtigt wurden. Für die kommenden Berichtsjahre ist jedoch eine weiterführende Präzisierung und Differenzierung der Risikoanalyse geplant, um insbesondere standortspezifische und branchenspezifische Risikofaktoren noch

detaillierter erfassen und bewerten zu können.

Im Rahmen der Risikoanalyse für das Berichtsjahr 2024 konnten keine Informationen zu menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Risiken bzw. tatsächlichen Pflichtverletzungen aus dem nach § 8 LkSG etablierten Beschwerdeverfahren berücksichtigt werden. Über den internen Meldekanal, welcher als Beschwerdestelle fungiert, wurden im genannten Zeitraum keine Hinweise oder Beschwerden über potenzielle Verstöße eingereicht.

Die kontinuierliche Überwachung und Weiterentwicklung des Beschwerdeverfahrens bleibt ein integraler Bestandteil der Sorgfaltspflichten, um auch künftig eine wirksame Einbindung potenziell betroffener Personengruppen sicherzustellen.

Das Ziel unseres Risikomanagements im Einklang mit den Anforderungen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes ist es, menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken, die potenziell betroffene Personen in der Lieferkette oder im Geschäftsumfeld gefährden könnten, zu vermeiden und zu reduzieren. Sollte es dennoch zu Risiken oder Verletzungen kommen, streben wir an, diese umgehend zu beseitigen oder zu minimieren.

Im Rahmen unserer Risikoanalyse setzen wir daher gezielte Maßnahmen zur Gewinnung relevanter Erkenntnisse über die Einhaltung unserer unternehmerischen Menschenrechtsstrategie um. Diese umfassen auch den Schutz potenzieller Hinweisgeber, die über unseren Meldekanal Meldungen zu Risiken oder Verstößen einreichen können.

Darüber hinaus spiegeln sich die Interessen in unserer Grundsatzerklärung sowie in unserer Verhaltensrichtlinie für Lieferanten und Geschäftspartner, die klare Anforderungen an die Achtung der Menschenrechte und den Umweltschutz im gesamten Geschäftsumfeld und der gesamten Lieferkette stellen. Die Grundsatzerklärung sowie die Verhaltensrichtlinie sind Bestandteile unserer kontinuierlichen Bemühungen, unsere Sorgfaltspflichten gemäß § 3 LkSG umzusetzen und weiter zu verbessern.

A. Verkürzte Berichtspflicht nach §10 Abs. 3 LkSG

A2. Ermittelte Risiken und/oder festgestellte Verletzungen

Es wurde im Berichtszeitraum keine Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht festgestellt.

Beschreiben Sie nachvollziehbar, anhand welcher Verfahren Verletzungen im eigenen Geschäftsbereich festgestellt werden können.

Als Sozialunternehmen und einer der größten Arbeitgeber in unserer Region, bekennen wir uns zur Achtung der Menschenrechte und umweltrechtlichen Pflichten innerhalb unserer Lieferkette und im eigenen Geschäftsbereich.

Dabei halten wir uns an geltendes Recht, respektieren international anerkannte Menschenrechte sowie umweltbezogene Verpflichtungen und setzen uns dafür ein, in unserer Geschäftstätigkeit Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen zu vermeiden.

Mit der Formulierung und Veröffentlichung einer Grundsatzerklärung zur Achtung der Menschenrechte wird uns ermöglicht, Verletzungen im eigenen Geschäftsbereich zu erkennen. Die Verantwortung für die Umsetzung der inhaltlichen Vorgaben der Grundsatzerklärung wird vom Vorstand des Caritasverbandes für die Region Düren-Jülich und in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle „Qualitätsmanagement und Organisationsentwicklung“ gesteuert. Die Steuerung umfasst die Überwachung des Risikomanagements zur Einhaltung der Sorgfaltspflichten des § 3 Abs.1 LkSG sowie die kontinuierliche Überprüfung und Verbesserung der umweltbezogenen und menschenrechtlichen Sorgfaltsprozesse.

Die operative Umsetzung der umweltbezogenen und menschenrechtlichen Sorgfaltsprozesse liegt in der Verantwortung der relevanten Fachbereiche. Diese werden bei Bedarf durch die Stabsstellen und Bereichsleitungen unseres Verbandes unterstützt.

Die Grundsatzerklärung ist auf unserer Website veröffentlicht und intern an unsere Mitarbeitenden kommuniziert, um sie aktiv und nachhaltig für ihre Umsetzung zu sensibilisieren.

Hiermit stellen wir sicher, dass die Fachbereich unseres Verbandes sowie die dazugehörigen Einrichtungen und Fachdienste ihre spezifische Verantwortung im Einklang mit dem LkSG kennen und konsequent umsetzen. Unser Verband bekennt sich zu den Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen.

Durch Einrichtung eines vertraulichen Meldekanals auf unserer Website <https://caritasverband-dueren.interne-meldestelle.de/> können sich Mitarbeitende und Externe bei Verdacht oder Feststellung einer Verletzung im eigenen Geschäftsbereich oder in Bezug auf Lieferantenbeziehungen jederzeit an die Interne Meldestelle wenden.

A. Verkürzte Berichtspflicht nach §10 Abs. 3 LkSG

A2. Ermittelte Risiken und/oder festgestellte Verletzungen

Es wurde im Berichtszeitraum keine Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht festgestellt.

Beschreiben Sie nachvollziehbar, anhand welcher Verfahren Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern festgestellt werden können.

Den Risikoanalyseprozess unseres Verbandes haben wir strukturiert dargestellt. Im Zuge der dort aufgeführten Verfahren können Risiken bei unmittelbaren Zulieferern festgestellt werden.

Als Präventionsmaßnahme dient eine formulierte Verhaltensrichtlinie für Lieferanten und Geschäftspartner, welche an Bestands-Lieferanten übermittelt und auf der Website veröffentlicht wird.

Dies unterstreicht unsere Erwartung an die Lieferanten, die Verpflichtungen aus dem LkSG einzuhalten, um auf ihrer Seite mögliche Verstöße zu vermeiden und sie für die LkSG-relevanten Anforderungen zu sensibilisieren.

Die Verantwortung für die Umsetzung liegt bei den Leitungen der verschiedenen Fachbereiche, die dafür sorgen, dass die Vorgaben in den operativen Prozessen umgesetzt werden. Zudem besteht die Möglichkeit, über einen eingerichteten Meldekanal Hinweise zu möglichen Verstößen bei direkten Zulieferern einzureichen.

A. Verkürzte Berichtspflicht nach §10 Abs. 3 LkSG

A2. Ermittelte Risiken und/oder festgestellte Verletzungen

Es wurde im Berichtszeitraum keine Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht festgestellt.

Beschreiben Sie nachvollziehbar, anhand welcher Verfahren Verletzungen bei mittelbaren Zulieferern festgestellt werden können.

Mittelbare Zulieferer haben jederzeit die Möglichkeit, sich über den eingerichteten Meldekanal an den Caritasverband Düren-Jülich zu wenden und Hinweise zu Verstößen gegen menschenrechtliche oder umweltbezogene Pflichten im Sinne des LkSG zu melden. Jede eingegangene Meldung wird zunächst von der verantwortlichen Person geprüft, analysiert und bewertet. In dieser ersten Bearbeitungsphase können noch personenbezogene Daten enthalten sein. Für den weiteren Verlauf der Bearbeitung wird die Meldung anonymisiert.

Das gilt auch für Meldungen, die über Medienquellen eingehen. Sollte ein Verstoß durch mittelbare Zulieferer festgestellt werden, erfolgt zunächst die Kommunikation an die unmittelbaren Zulieferer als deren Vertragspartner, mit der Aufforderung zur Korrektur des Verstoßes und einer entsprechenden Fristsetzung.